

Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugspreis freibleibend für den Monat eine Goldmark.
Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Märk).
Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsbetrags.
Mittwoch: Unterhaltungsblatt „Der Familienfreund“.



Anzeigenpreis: Die dreigespaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigespaltene Kellameiße (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Märk).
Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unendlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.
Sonntags: „Wort und Bild“, illustriertes Sonntagsblatt.

Nr. 36 Sonnabend, den 24. März 1928

Der deutsch-russische Konflikt vor dem Auswärtigen Ausschuss.

Berlin. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages hat am Mittwoch eine Beratung über die deutsch-russischen Zwischenfälle abgehalten, die durch eine Rede des Außenministers Dr. Stresemann eingeleitet wurde. Neue Mitteilungen über das Schicksal der noch verhafteten deutschen Ingenieure und Werkmeister hat der Außenminister auch nicht machen können.

Neue deutsche Vorstellungen in Moskau.

Moskau. Graf Brockdorff-Ranzau ist erneut bei Schtschegirin vorstellig geworden. Der Botschafter verwies darauf, daß die deutsche Offenheit sich erschöpfende Erklärungen in der Denez-Affäre erwarte. Dagegen Aufheißeres über die Antwort Schtschegirins nicht verläutet, heißt es, daß auch diese Unterredung nicht die für Deutschland gewünschten Ergebnisse gezeitigt habe, da die russische Antwort den Sachverhalt nicht restlos aufkläre.

Der englische Kriegsminister über die Rheinlandbesetzung.

London. Der englische Kriegsminister Worthington-Evans erklärte im Unterhause, daß die britische Besatzungsarmee Teil einer internationalen Streiktruppe bilde, die sich auf Grund des Friedensvertrages im Rheinland befindet. Die Besatzungspolitik könne im Unterhause nicht erörtert werden. Evans lobte ebenso die Führung der englischen Besatzungstruppen. Zu ersteren Heiberen mit der rheinischen Bevölkerung sei es nicht gekommen.

Die Mittel des Sozialprogramms bewilligt.

Der Reichsfinanzminister gibt einen Überblick über die Finanzlage.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beriet bei der Fortsetzung der Besprechung des Ergänzungsetats von 1928 das Sozialprogramm. Dies Programm fordert:

- 1. 75 Millionen für Invalidenrenten,
- 2. 25 Millionen für Arbeitslos für Kleinrentner,
- 3. 3 Millionen für Werkpenslonäre.

Beim Titel Kleinrentnerfürsorge verlangte die Zentrumskoalition Franz Teusch gemäß dem Wunsch des Sozialpolitischen Ausschusses die Zuführung von 25 Millionen in einer einmaligen Zahlung an die Kleinrentner. Der Vertreter des Reichsarbeitsministers erklärte, daß der Minister zwar noch keine Entscheidung über die Verteilung getroffen habe, daß die Summe aber nach dem Vorschlag voraussichtlich ausgereicht würde. Die Summen des Sozialprogramms wurden genehmigt.

Anschließend gab Reichsfinanzminister Dr. Köhler einen

Gesamtüberblick über die Etat- und Finanzlage des Reiches.

Er ging von dem voraussichtlichen Ergebnis des Rechnungsjahres 1927 aus. Bei vorsichtiger Schätzung werde ein Nettomehraufkommen aus Zöllen und Steuern von jedenfalls nicht unter 500 Millionen erwachsen. In den abgelaufenen elf Monaten des Rechnungsjahres 1927 seien an Zöllen- und Verbrauchssteuern rund 5260, an Zöllen und Verbrauchsausgaben 2697 Millionen, zusammen also 7957 Mill. aufgefunden. Es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß der März so erhebliche Einnahmen bringen werde, daß das neue Etatjoll erreicht sei.

Das Montagegerüst einer Fördergrube eingestürzt.

Elf Tote, sieben Schwerverletzte.
Muckenberg. Am Mittwochvormittag stürzte in der Nähe des Dorfes Cofebrau infolge des überaus heftigen Sturmes das Montagegerüst einer im Bau befindlichen Fördergrube der Grube „Friedländer“ der Braunkohlen- und Brauntorfindustrie zusammen. Das unter lauten Krachen zusammenbrechende Gerüst riß die Eisenkonstruktion der Fördergrube mit sich und begrub die darauf beschäftigten Arbeiter unter den Trümmern. Bis gegen Mittag waren aus den Trümmern elf Tote und sieben schwerverletzte geborgen. Die Bergung der Opfer stieß auf erhebliche Schwierigkeiten, da der tobende Sturm gewaltige Sandmassen aufwirbelte und die Rettungsmannschaften dadurch sehr behindert wurden.

Amerika will Zepeline bauen. Marinestaatssekretär Wilbur hat den Kongreß um die Bewilligung von 4 1/2 Millionen Dollar zum Bau von zwei großen Zepelinen-Luftschiffen ersucht. Um den Bau der Luftschiffe sofort in Angriff nehmen zu können, hat Präsident Coolidge dem Kongreß aufgefordert, zunächst 1 1/2 Millionen Dollar zu bewilligen.

Partei-führerbesprechungen über den Wahltermin.

Schätzwahrscheinlich Wahlen am 20. Mai.
Berlin. Wenn die Besprechungen über das Arbeitsnotprogramm völlig abgeschlossen sind und nur die Behandlung des Programms im Reichstagsplenum übrigbleibt, wird zwischen dem Reichstagsler und den Führern der bisherigen Regierungsparteien und dem Reichspräsidenten über den Termin der Auflösung des Reichstages und der Neuwahlen verhandelt werden. Man nimmt im Reichstag an, daß es bei dem Termin des 20. Mai bleiben werde, obwohl ein früherer Wahltermin durchaus möglich wäre, wenn die Ränderregierungen bereits jetzt mit der Vorbereitung der Wahlen beginnen würden.

Bei dem Wahltermin des 20. Mai ist zu beachten, daß der neue Reichstag dann erst eine Woche nach Pfingsten zusammentritt und daß für die Regierungsbildung mindestens vierzehn Tage in Anspruch genommen werden müssen. Damit würde der neue Reichstag erst Mitte Juni an die praktische Arbeit kommen und wahrscheinlich wegen der Notwendigkeit eines Ergänzungsetats und verschiedener anderer Aufgaben Mitte oder Ende Juli erst in die Sommerferien gehen können.

Eifrige Vorbereitungen zu deutschen Ozeanflügen.

In den Werkstätten der beiden deutschen Flugzeugfirmen Hejraß und Dornier wird gegenwärtig eifrig an der Herstellung der Riesenmaschinen gearbeitet, die in diesem Sommer den Versuch machen wollen, den Atlantik von Ost nach West zu überfliegen. Beide Firmen hoffen, bis zum Mai mit den letzten Vorbereitungen fertig zu sein, und dann dürften die Versuche beginnen. Deren Ziel es ist, einen ständigen Verkehr über den Atlantik anzurichten.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag nahm in seiner Mittwochssitzung die Vorlage des Liquidationsgesetzes in dritter Beratung an. Sozialdemokraten, Kommunisten, Wirtschaftspartei, Volkspartei, Nationalsozialisten und Volksrechtspartei stimmten dagegen. Eine Entschlüsselung aller Parteien, zum Zwecke von Zinsereicherung von Darlehen an Liquidationsgeschädigte wiederaufbauende Firmen zur Förderung des Außenhandels 1,5 Millionen Mark bereitzustellen, wurde genehmigt. Das Haus kam dann auf die zweite Beratung über die Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents von 120 000 auf 50 000 Tonnen jährlich ab 1. Mai. Der Sozialdemokrat Schmidt wandte sich gegen Herabsetzung des Kontingents, der deutschnationale Abgeordnete Fromm sprach dafür, und der Demokrat Mayer beantragte Herabsetzung auf nur 70 000 Tonnen. Der Reichsminister gab für die Regierung noch einmal eine Erklärung ab, die für Annahme des Regierungsvorschlags war. In der Abstimmung wurde der Bescheidener Vorschlag mit 17 Stimmen, darunter an erster Stelle der Reichsfinanzminister Dr. Köhler. Weiter heißt es in dem offiziellen Bericht: Die Kandidatur von Herrn Dr. Wirth ist in der Vergangenheit innerhalb und außerhalb des Zentrums lebhaft erörtert worden. Die Gründe, warum eine Kandidatur Dr. Wirths lebhaft umstritten war, sind auch der Gegenstand einer eingehenden Aussprache innerhalb des Landesausschusses gewesen und führten zu dem Beschluß, für diesmal von einer Aufnahme des Herrn Dr. Wirth abzusehen. Dabei wurde allgemein betont, daß man seine Fähigkeiten und Verdienste anerkenne, und der Wunsch ausgesprochen, daß diese im Rahmen des Zentrums wieder einmal in den Dienst des deutschen Parlaments gestellt werden könnten.

Schwere Brandkatastrophen.

Großfeuer kam am Mittwochabend in der zehnten Stunde im Radeland der U. G. V. in Berlin-Oberhohenschloß zum Ausbruch. Das Feuer zerstörte zehn Schlauchleitungen, fünfzehn Kalibers angegriffen. Der Brandherd liegt in der Tischlerei. Das Feuer hat ein angrenzendes Dellager in Mitleidenschaft gezogen. Ingesamt ist ein Gebiet von 3000 Quadratmeter vom Feuer angegriffen.

Großfeuer in Mantense. In einem Doppelhaus am Strandweg in Blankenheide brach ein Großfeuer aus, das bei dem herrschenden starken Ostwind mit rasender Schnelligkeit um sich griff und zwei Doppelhäuser, die mit Stroh gedeckt waren, in wenigen Augenblicken total zerstörte. Das wütende Element sprang sofort auf eine kleine Gruppe von Häusern mit harter Bedachung über und setzte noch zwei weitere gleichfalls mit Strohdächern versehenen Häuser in Brand, die ebenfalls den Flammen zum Opfer fielen.

Niesenbrand in Mecklenburg. Aus bisher unbekannter Ursache kam in dem Wohn- und Wirtschaftsgebäude des Gutsbesitzers Hagen in Klein-Rams (Mecklenburg) ein Brand aus, der sich mit rasender Schnelligkeit auf die benachbarten Grundstücke ausbreitete. Während sich die Hofbesitzerin, Frau Gehrand, nur mit einem Rauchfang bedeckte, aus dem brennenden Gebäude retten konnte, gelang es der seit einigen Tagen in dem gleichen Hause auf Urlaub wohnenden Frau Sembke nicht mehr, sich in Sicherheit zu bringen. Sie fand in den Flammen einen furchtbaren Tod. Ingesamt wurden durch den Niesenbrand zehn Gebäude ein Raub der Flammen. Ein großer Teil der Viehbestände konnte nicht mehr in Sicherheit gebracht werden.

Millionenverfehlungen bei der Reichsbahn.

Schwere Verfehlungen hoher Eisenbahnbeamter.

Berlin. Beim Reichsbahnzentralamt in Berlin ist man einem großen Verfehlungsstand auf die Spur gekommen, in dem eine Reihe von hochgestellten Beamten, darunter auch der Reichsbahndirektor und ein Oberbaudirektor, verurteilt zu sein scheinen. Die Staatsanwaltschaft hat die Untersuchung bereits eingeleitet.

Bereits seit längerer Zeit sprach sich, namentlich in Kreisen beteiligter Geschäftsleute herum, daß beim Zentralamt der Deutschen Reichsbahn nicht alles in Ordnung sei. Es wurde behauptet, daß Materialbestellungen wiederholt nur dann vorgenommen worden seien, wenn die Firmen

Befehlungsgelder in Höhe von mehreren tausend Mark gezahlt haben. Verhältnismäßig wurden von beteiligten Firmen ähnliche Anlagen auch bei der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn erhoben. Die Klagen konnten jedoch keine handgreiflichen Beweise liefern und beriefen sich zumeist nur auf Vermutungen. Trotzdem ging die Reichsbahn den Gerüchten nach, und als es im Februar hieß, daß eine große Kölner Firma, bei der das Material für eine Anzahl von Güterwagen bestellt wurde, mehr als hunderttausend Mark bezahlt hätte, wurde eine Kommission sofort nach Köln entsandt, um die Angelegenheit zu prüfen. Die Untersuchung ergab, daß der verhältnismäßig hohe Betrag von der Kölner Firma tatsächlich ausgezahlt worden ist. Einen Teil haben direkt bezahlt erhalten, während andere Summen als angelegte Eigengebühren erlegt wurden, die die Kölner Firma an einen Oberbaudirektor des Zentralamtes für angelegte Verbesserung des von ihr gelieferten Materials schuldig gewesen sein soll.

Nach der Rückkehr der Kommission nach Berlin kam dann bei der Hauptverwaltung der Reichsbahn eine Sitzung statt, in der beschloffen wurde, das gesammelte Material der Staatsanwaltschaft zu übermitteln. Im Einvernehmen mit dem Generalstaatsanwalt wurde bei der Staatsanwaltschaft ein Sonderbezernat eingerichtet. Bei der Kölner Firma wurde eine Hausdurchsuchung gehalten und jene Bücher beschlagnahmt, aus denen die Übermittlung der Befehlungsgelder an die Beamten hervorgeht.

Die angebeschuldigten Beamten bestritten die gegen sie erhobenen Vorwürfe, zum Teil aber gaben sie zu, Gelder angenommen zu haben. Die Verfehlungen sollen sich auf Millionen belaufen.

Dr. Wirth vom badischen Zentrum nicht mehr als Kandidat aufgestellt.

Freiburg. Die badische Zentrumsparlamentarische Gruppe in Freiburg abgehaltene Sitzung des Landesausschusses des badischen Zentrums, die sich mit den Reichstagswahlen beschäftigte, einen offiziellen Bericht herausgegeben. Die Kandidatenliste für den badischen Reichstagswahlkreis entfällt 17 Namen, darunter an erster Stelle den Reichsfinanzminister Dr. Köhler. Weiter heißt es in dem offiziellen Bericht: Die Kandidatur von Herrn Dr. Wirth ist in der Vergangenheit innerhalb und außerhalb des Zentrums lebhaft erörtert worden. Die Gründe, warum eine Kandidatur Dr. Wirths lebhaft umstritten war, sind auch der Gegenstand einer eingehenden Aussprache innerhalb des Landesausschusses gewesen und führten zu dem Beschluß, für diesmal von einer Aufnahme des Herrn Dr. Wirth abzusehen. Dabei wurde allgemein betont, daß man seine Fähigkeiten und Verdienste anerkenne, und der Wunsch ausgesprochen, daß diese im Rahmen des Zentrums wieder einmal in den Dienst des deutschen Parlaments gestellt werden könnten.

Der antisassische „Gerichtshof“ in Paris.

Bernehmung des Professors Bernieri.
Paris. Der Philosophieprofessor Luigi Bernieri, der als angelegliches Haupt eines antisassischen „Gerichtshofes“ in Paris die Ermordung des faschisten Cavorelli angeregt und vorbereitet haben soll, wurde vernommen, nachdem er sich freiwillig gestellt hatte. Bernieri bezeichnete sich als Anarchist. Er sei von seiner Partei beauftragt, die faschistischen Spione in Frankreich und Belgien zu überwachen.

Er gibt ohne weiteres zu, daß er am Vorabend der Mordtat in Begleitung eines anderen Anarchisten den faschistischen Journalisten Cerradioni aufgesucht habe, in dessen Hause am nächsten Tage Cavorelli ermordet wurde. Er sei zu Cerradioni gegangen unter Annahme eines falschen Namens, um über Cavorellis Verbindungen einzufahren, und Cerradioni habe seine Fragen mit der größten Liebenswürdigkeit beantwortet. Selbstverständlich erklärte Bernieri, er habe keinen Namen vorgebracht, um seine Untersuchung erfolgreich durchführen zu können. Dagegen habe er niemals von einem antisassischen Gerichtshof, noch von einem Urteilspruch geredet.

Einem Berichterstatter des Pariser „Journal“ gegenüber erklärte Bernieri, daß er in Paris keine journalistischen Arbeiten fortsetzen und die Beteiligung der antisassischen Presse an der Internationalen Presseausstellung in Köln vorbereiten wolle.